

Carsten Brosda

DIE KUNST DER DEMOKRATIE

Die Bedeutung der Kultur für
eine offene Gesellschaft

HOFFMANN UND CAMPE



Carsten Brosda

DIE KUNST DER DEMOKRATIE

Die Bedeutung der Kultur für
eine offene Gesellschaft

HOFFMANN UND CAMPE





Carsten Brosda

Die Kunst der Demokratie

**Die Bedeutung der Kultur für eine offene
Gesellschaft**

Hoffmann und Campe

»Nur wenig ist von Dauer ...« Neue Kulturkämpfe

»Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.« Diese Worte richtete Willy Brandt 1992 an den Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin.^[1] Drei Jahre nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Osteuropa und in einer Zeit, in der deshalb viel vom Ende der Geschichte die Rede war, fokussierte der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger auf die unbedingte Offenheit der Moderne. Er betonte, dass kein gesellschaftlicher oder kultureller Zustand jemals als endgültig erreicht angesehen werden könne, sondern dass die Werte und Normen offener, freiheitlicher und demokratischer Gesellschaften immer wieder aufs Neue begründet und gesichert werden müssten. Nicht einmal die wiederholte Anwendung der in der Vergangenheit erfolgreichen Strategien reiche aus, um Sicherheit und Beständigkeit zu erreichen. »Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll«, mahnte Brandt.

Alles in der Moderne ist kontingent und muss ständig neu errungen werden – kultur- und geistesgeschichtlich hat

der ehemalige Bundeskanzler damit an eine Selbstverständlichkeit aufgeklärter Gesellschaften erinnert. Entsprechend oft sind seine Worte seitdem zitiert worden. Und doch scheint es, als wäre hinter den rituellen Beschwörungen der »Höhe der Zeit« das Bewusstsein für den revolutionären Gehalt dieser Verflüssigung aller Tradition in der Freiheit individueller und gesellschaftlicher Selbstbestimmung unscharf geblieben. Bis heute entzündeten sich an der Notwendigkeit, diese Freiheiten in Anspruch zu nehmen und in der Gemeinschaft zum Ausgleich zu bringen, regelmäßig Debatten über Sinn und Selbstverständnis unserer Gesellschaft, ihrer Demokratie und ihrer Kultur. Diese Verständigungsprozesse führen regelmäßig dicht heran an die schwierige Beziehung zwischen individueller Freiheit und gemeinschaftlich vereinbarten Regeln, die Freiheit partiell einschränken, um sie grundsätzlich zu ermöglichen. Sie berühren mithin die Einsicht in das aufgeklärte Miteinander einer offenen Gesellschaft. Schließlich sind es im Verständnis der Moderne die freien Einzelnen, die eine Gesellschaft und ihre Normen formen – nicht auf der Grundlage unhinterfragter Überlieferungen, sondern in vernünftigen Vereinbarungen, die Freiheit und Gemeinwohl ausbalancieren sollen.

Hierbei geht es nicht nur um politische und gesellschaftliche Vereinbarungen. In der Praxis sind es oftmals kulturelle und auch künstlerische Strategien, die an die Bruchkanten dieser antagonistisch aufeinander

bezogenen Zusammenhänge heranzuführen, um allzu selbstverständlich Unterstelltes in Zweifel zu ziehen, individuelles Bewusstsein zu schaffen und gemeinschaftliche Bearbeitung und Verständigung zu ermöglichen. Der Gründer des Zentrums für politische Schönheit Philipp Ruch plädiert leidenschaftlich dafür, diese besondere Kraft der Kunst anzuerkennen. Sie ist für ihn »der dritte Modus neben einer freien Wissenschaft und Presse, sich mit Gesellschaft auseinanderzusetzen« und damit zugleich »der Königsweg [...], um die Welt zu verändern«.[2] Leider aber ist das Bewusstsein für die zentrale Rolle kulturellen und künstlerischen Handelns in unserer Gesellschaft oftmals bedauerlich unterentwickelt. Viel zu oft werden Kunst und Kultur nur als schmückendes Beiwerk, manchmal sogar als störende Fremdeinflüsse empfunden.

Ein besonders intensives Beispiel dafür ist das Projekt »Veddel vergolden« von Boran Burchhardt gewesen, das 2017 für aufgeregte Debatten sorgte, weil der Künstler sich in einem der ärmsten Stadtteile Hamburgs daran machte, gefördert von der Kulturbehörde, eine Hauswand mit echtem Blattgold zu belegen.[3] Auf dem Titel dieses Buches ist einer der Steine zu sehen, mit denen Boran Burchhardt für sein Projekt warb. Die enorme ästhetische Kraft des vergoldeten Ziegels wird auch auf dem Bild spürbar. Das Gold – das unabhängig davon später im kulturellen Raum auch zum Markenzeichen der Initiative »Die Vielen« geworden ist, die sich 2018 gegen die rechten

Angriffe auf die Kunstfreiheit gegründet hat – wird vermutlich für die kommenden zwei Jahrzehnte eine ganze Hauswand zum Strahlen bringen.

Nur erahnen kann der Betrachtende, welche Störungen und Widerstände der Künstler überwinden musste, um ein Projekt zu realisieren, das die Diskussionen, den Schaffensprozess und die Nachwehen im Stadtteil ausdrücklich mit einschließen sollte. Nach einer Indiskretion aus der Jury ging es schnell vor allem um die Frage, ob es angemessen sei, 85000 Euro für ein Kunstwerk auszugeben, solange noch Lücken in der sozialen Infrastruktur des Stadtteils klaffen.

Diese Debatte mutete von Anfang an kleingeistig an. Wer Mittel für Kunst gegen Mittel für Kitaplätze oder soziokulturelle Einrichtungen aufrechnet, der kann gleich die Kulturförderung im Ganzen abschaffen. In öffentlichen Haushalten ist das Geld von vornherein bestimmten Zwecken und Aufgaben gewidmet. Darunter gibt es in der Regel auch einen (meist zu gering dotierten) Posten für Kunst im öffentlichen Raum, dessen Mittel im konkreten Fall über eine unabhängige Kunstkommission von Expertinnen und Experten an Projekte vergeben wird. Das ist sinnvoll investiertes Geld.

Nicht nur im Sinne der Freiheit der Kunst war es genau richtig, an genau diesem Ort, der Veddel, ein solches Projekt wie die Goldene Wand zu realisieren. Es stellt mit künstlerischen Mitteln unsere gewohnten Denkweisen in Frage. Solche Kunstprojekte bringen uns dazu, im Kopf

beweglich zu bleiben und den Blick auf Menschen und Orte zu richten, die sich sonst unserer Wahrnehmung vielleicht entziehen. Boran Burchhardt berichtete nach Abschluss der Vergoldung, dass das Projekt – trotz aller Diskussion auch im Viertel – einen zunächst unerwarteten zusätzlichen Effekt habe: Die Leute gingen aufrechter und schauten nach oben. Sozialpsychologisch lässt sich leicht vermuten, welchen Effekt dies auf das Selbstwertgefühl der Passanten haben mag.

Die künstlerische Intervention in den Alltag hinein hat dringend notwendige kontroverse Debatten und Diskurse ausgelöst – darunter neben einer neuerlichen Befassung mit den sozialen Ungleichheiten in der Stadt auch eine notwendige klärende Markierung der Freiheitsräume der Kunst, die eben nicht der demokratischen Zustimmung bedürfen, sondern auch in schroffem Widerspruch zu Partizipationsanliegen stehen können. Und er hat nebenbei auch die Zwänge der Kulturpolitik aufgedeckt, die bei allen grundsätzlichen Erwägungen letztlich immer wieder vor der einen, sehr pragmatischen Frage steht: Wie kann die Gratwanderung zwischen Kunstfreiheit einerseits und gesellschaftlicher Relevanz andererseits bei eigentlich niemals wirklich ausreichend Mitteln für die Kulturförderung gelingen?

Natürlich sind kulturelle und künstlerische Angebote Sand im oft geräuschlosen Getriebe einer an der Oberfläche ordentlich funktionierenden Gesellschaft. Im Sinne Theodor W. Adornos bringt die Kunst Chaos in die

Ordnung.[4] Sie hat das Privileg, Fragen stellen zu dürfen, ohne die Antworten darauf finden zu müssen, wie es – zu Recht – von der Politik erwartet wird. Aber genau in dieser Handlungsentlastung begründen sich auch die gesellschaftsprägenden Potenziale von Kunst und Kultur. Sie fordern genaues Hinsehen, Nachdenken, Haltung, Position. Sie streben danach, herauszufinden, was uns ausmacht, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen, wie wir Gegenwart gestalten können und welche Verantwortung wir für die Zukunft haben.

Die Mahnung Willy Brandts hat insofern nicht nur eine politische, sondern vor allem auch eine relevante kulturelle Dimension. Gerade aktuell bekommen wir in unserer Gesellschaft eindringlich vor Augen geführt, dass nichts von Dauer ist und dass bereits die nachlässige Unterstellung, es könnte anders sein, das Erreichte umso dramatischer gefährden kann: Mit Blick auf die Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung, die Akzeptanz auch kritischer und kontroverser Positionen und den Respekt vor dem kulturell und sozial Anderen erleben wir derzeit Entwicklungen, die wir noch vor Kurzem nicht für möglich gehalten hätten.

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Industrienationen lassen sich populistische Rückschritte feststellen; die Beschwörungen traditioneller und oft apodiktischer Positionen von Würde, kultureller Homogenität und nationaler Selbstbestimmung werden zunehmend dröhnender. »Es ist ein Geistesgefecht«, singt

Herbert Grönemeyer im Sommer 2019 in seinem Song »Fall der Fälle« und fordert: »Kein Millimeter nach rechts.« Die drängende und schmerzhaft eindeutige Aufforderung des Songtextes hat einen mehr als eindeutigen Hintergrund. Die sich zunehmend verbreitende rechtspopulistische bis rechtsextreme Kritik an den demokratischen Zuständen richtet sich frontal gegen die erreichte Versöhnung der individuellen Freiheit mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie propagiert stattdessen, dass es unsere Gesellschaft mit der Gewährleistung der Freiheit zu weit getrieben hätte und wir uns wieder stärker um die Gewährleistung einer schützenden Gemeinschaft kümmern müssten.

Schon im Jahr 2017 haben wir in dieser Hinsicht eine Bundestagswahl erlebt, die durchaus als Zäsur betrachtet werden kann – weniger wegen des Wahlergebnisses und des Einzugs einer rechtspopulistischen Partei in den Deutschen Bundestag, sondern vor allem angesichts der vorgebrachten Gründe für dieses Erstarken einer gesellschaftlichen Bewegung, die sich gegen Offenheit, Vielfalt und Freiheit richtet und die damit in letzter Konsequenz einen kulturellen Kampf heraufbeschwört. Die Alternative für Deutschland fokussierte zu diesem Zeitpunkt schon längst nicht mehr nur auf die vermeintliche Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität in der europäischen Währungspolitik oder auf einen vermeintlich ungesteuerten Zuzug geflüchteter Menschen in die Bundesrepublik. Vielmehr verknüpfte sie inzwischen

zunehmend solch oberflächliche Konturierungen mit einem offensichtlich tiefsitzenden Unbehagen an der freiheitlichen und offenen Gesellschaft der Moderne. Der damaligen Wahltagsbefragung des ARD-Deutschlandtrends zufolge hatten die Wählerinnen und Wähler der AfD zu 95 % große Sorgen, »dass wir einen Verlust der deutschen Kultur erleben«, und zu 94 %, »dass sich unser Leben in Deutschland zu stark verändern wird«. 91 % fürchteten überdies, »dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet«. Im ARD-Deutschlandtrend vom September 2019 sagen immerhin 52 % aller Befragten, dass sie Sorge haben, »einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache« zu erleben, 12 Prozentpunkte mehr als im Mai desselben Jahres. Und 83 % sorgen sich darum, dass »die gesellschaftlichen Gruppen immer weiter auseinanderdriften«.[\[5\]](#)

Diese Zahlen zeigen: Populistische Strategien greifen eine angesichts der vielfältigen kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Umbrüche unserer Zeit offensichtlich durchaus virulente Krisenempfindung vieler Bürgerinnen und Bürger auf. Statt dieses Gefühl aber zu nutzen, um aufgeklärt und selbstbestimmt die Regeln unserer Gesellschaft aus der Vielfalt ihrer Bürgerinnen und Bürger heraus zu bestimmen, propagieren sie die Rückkehr in eine überwundene Form traditionell vorgegebenen Sinns. Dies lässt sich vor allem bei den Identitären oder gar Faschisten beobachten, die am rechten Rand die Rückkehr zur Nation fordern, manches Mal aber auch bei den religiös

motivierten Fundamentalisten, die eine Heimkehr in die Geborgenheit einer Glaubensgemeinschaft versprechen. Es geht darum, einzelne Vorstellungen und Werte dem Diskurs zu entziehen und absolut zu setzen. Wir erleben deshalb derzeit eine gesellschaftliche Debatte, die anders als in der Vergangenheit nicht nur wirtschafts- oder sozialpolitisch, sondern tatsächlich in weiten Teilen kulturpolitisch motiviert ist – ohne diese Fundierung explizit zu benennen.

Die Verfechter der für diese Debatte ursächlichen rückwärtsgerichteten Strategien bedienen sich jener Mechanismen der Relativierung von Wahrheitsansprüchen und der Vielfalt der Informationen, die einstmals den Fortschritt der aufgeklärten Gesellschaft ermöglicht haben – und entwerten sie durch Inflation, statt sie offen zu bekämpfen. Sie fluten unsere öffentliche Kommunikation mit einer unüberschaubaren Fülle an nicht nachvollziehbaren und kaum mehr aufzuklärenden Behauptungen und unterminieren gleichzeitig jene Mechanismen, die ehemals zur Bestimmung der Antworten auf der Höhe der Zeit genutzt werden konnten. Indem sie den Relativismus über die inhaltlichen Positionen im Diskurs hinaus auch auf die Rechtmäßigkeit der Verfahren und damit der Freiheit der Kultur- und Medieninstitutionen ausdehnen, bereiten sie den Boden für eine neuerliche Befestigung einstmals klar normierter Setzungen, die hinter die Offenheit der Moderne zurückzufallen drohen. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist mehr als paradox: Wählerinnen und Wähler, die fürchten, in der Vielfalt

unterzugehen und kein Mitspracherecht mehr zu haben, wählen deshalb Parteien, die jeglichen Dialog abschaffen wollen. Weil sie fürchten, in einer Flut aus Informationen den Überblick zu verlieren, wenden sie sich Gruppierungen zu, die alle Kanäle mit nicht verifizierbaren Nachrichten fluten. Und natürlich mischen sie sich zunehmend mit denen, die ganz offensichtlich faschistische Positionen für wählbar halten.

Kunst und Kultur geraten als Trägerinnen einer weitgehend unbedingten Freiheit mit als Erste ins Visier der Gegner einer offenen Gesellschaft. Die im Herbst 2018 veröffentlichte »Erklärung der Vielen« ist ein Fanal dafür, wie weit diese bedrohliche Entwicklung schon vorangeschritten ist. In einem zu Recht aufsehenerregenden Schritt haben sich bundesweit viele Kultureinrichtungen wechselseitig der Unterstützung bei rechtspopulistischen und rechtsextremen An- und Übergriffen auf ihre freie Programmgestaltung versichert. Das ist ein beunruhigendes Zeichen dafür, dass es erstarkende Kräfte in unserer Gesellschaft gibt, die versuchen, eine Art Kulturkampf loszutreten, indem sie fortschrittliche und unbequeme Kulturprojekte, Festivals oder Einrichtungen diskreditieren und attackieren. Meist laufen diese Versuche der Einschüchterung (noch?) ins Leere, weil der Konsens der Freiheit stabil ist. Aber wenn Kunst aus Angst vor Auseinandersetzung verhindert wird – wie 2018 bei der Absage des Auftritts der Band Feine Sahne Fischfilet durch das Bauhaus Dessau oder beim

Abbau einer vergoldeten Erdogan-Statue bei der Wiesbadener Biennale –, dann wird nicht nur Freiheit einzelner Künstlerinnen oder Gruppen eingeschränkt. Dann werden in einem generellen Sinn die Grenzen des Sagbaren und Zeigbaren verengt und die Möglichkeitsräume der wahrheitsbezogenen Auseinandersetzung schrumpfen. Produktion und Rezeption von Kunst können schließlich immer nur so frei sein, wie es ihre Produzenten und Rezipienten sind.

Es ist daher höchste Zeit, sich aus der demokratischen Mitte heraus der Kultur und ihrer Leistungen für den Grundkonsens unserer offenen, vielfältigen und freien Gesellschaft – mithin für unseren Gesellschaftsvertrag – zuzuwenden. Kurz: Es ist allerhöchste Zeit, auf die kulturpolitische Herausforderung von rechts auch kulturpolitisch zu reagieren.

Es geht dabei um nichts weniger als um die Voraussetzungen moderner Gesellschaftlichkeit. Die Erfahrbarkeit eines auch kulturellen Zusammenhangs ist essenziell für die Positionierung des Einzelnen in der Gemeinschaft. Die Redewendung, dass keine Heimat hat, wer im (digitalen) globalen Dorf zu Hause ist, ist hinlänglich widerlegt: Es gehört zu den liebenswürdigen und hartnäckigen Anachronismen des Menschen, dass er eine Heimat braucht. Sichern können wir sie unter den Bedingungen der Moderne aber nur über den bisweilen anstrengenden Weg von der Freiheit der Einzelnen zur Freiheit in der Gemeinschaft. Dieser Weg führt durch

gesellschaftliche Räume, die sich oftmals an kulturellen und künstlerischen Angeboten öffnen. Unsere Kultureinrichtungen sind solche Räume der Freiheit, des riskanten, des spekulativen Denkens, in denen Freiheit in Gemeinschaft erfahren und verhandelt werden kann.

Weil sich aber die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Freiheiten mit zahlreichen tiefgreifenden und durchaus auch verunsichernden Umbrüchen verbinden lassen, wachsen die gesellschaftlichen Ängste – mit Blick auf den gegenwärtigen Alltag ebenso wie in der zukünftigen Perspektive. Der Philosoph Achille Mbembe beobachtet überall auf der Welt vom Armenviertel bis hin zum Silicon Valley, dass sich das Gefühl in die Menschen hineinschleiche, die Welt könne angesichts der großen Entwicklungen unserer Zeit jederzeit endgültig zu Ende gehen. Bereits 2017 – also weit vor den diese Wahrnehmung noch einmal zuspitzenden Protesten von Fridays For Future – stellte er fest, dass sich die Zukunft dem Nichts öffne und so den Weg für einen negativen Messianismus bereite, der entweder in einen dünnen Überlebenskampf oder aber in den kollektiven Selbstmord kurz vor der Apokalypse führe.^[6]

Derartig negative Utopien treffen nicht nur unsere Gesellschaft ins Mark, sondern sie fordern gerade Künstlerinnen und Künstler heraus, den Ursprüngen der sich daraus entwickelnden Emotionen nachzuspüren. Hier liegt oft ein Kern anthropologischer Zuversicht begründet, der angesichts solch düsterer Erzählungen an Bedeutung

gewinnt. Denn warum sind Menschen überhaupt künstlerisch und schöpferisch tätig? Warum malen, schreiben, spielen wir? Warum schaffen wir Räume jenseits der Realität, in denen wir spekulative Welten erschaffen? Weil wir auf Erkenntnis und auf Erkennen hoffen. Weil wir uns fallen lassen wollen, um aufgefangen zu werden. Weil wir vertrauen und Verantwortung übernehmen. Und weil wir uns jene Geschichten erzählen wollen, aus denen menschliche Gemeinschaft in gemeinsamer Weltsicht entstehen kann.

Das sind Kernfragen einer offenen, modernen Gesellschaft. Und in einer sich stetig, zum Teil in rasantem Tempo wandelnden Gesellschaft müssen wir diese Fragen beständig neu verhandeln. Es ist oftmals die unmittelbare Kraft von Kunst und Kultur, die uns auf diese Fragen stößt und sie mitten in unsere Gesellschaft hineinträgt. Erst in vollständiger und zweckbefreiter Freiheit entfalten Kunst und Kultur die gesellschaftliche Wirkung, die wir nicht funktional erwarten dürfen. Sie lehren uns somit seit Jahrhunderten in allerbesten Form den Disput, die Neugier auf andere Sichtweisen und andere Argumente, und sie befähigen uns, die eigene Wahrnehmung zu schärfen und Sachverhalte zu kontextualisieren.

Die Begegnung mit Theater und Literatur, mit Tanz, Kunst und Musik ermöglicht Kommunikation über kulturelle und nationale Grenzen hinweg und öffnet den Weg hin in eine international vernetzte Welt, in der durch die Mittel der Kunst aus und von der Welt erzählt wird. In

diesem Sinne kann die Kunst dem negativen Messianismus unserer Zeit eine zutiefst diesseitige und säkulare Botschaft der Hoffnung und der Zuversicht entgegenbringen. Sie wirkt durch die sinnliche Überwältigung unmittelbarer Ganzkörpererfahrungen ebenso wie durch jenen merkwürdig zwanglosen Zwang des besseren Arguments, der unsere Gesellschaften im innersten Kern zusammenhält. Die Auseinandersetzung mit Kunst rationalisiert emotionale Erfahrungen insofern, als sie Strategien eröffnet, sich unter Umgehung klassischer diskursiver Aneignungskommunikation individuell in eine Zwiesprache mit dem Werk zu begeben. Und sie bietet in der Folge einen beinahe unermesslichen Schatz an Anknüpfungspunkten für soziale Kommunikation über das Gesehene und Erlebte. Sie fördert so nicht nur soziale Vernetzung, sondern auch die kommunikative Kompetenz zum Austausch und Verhandeln unterschiedlicher und kontroverser Meinungen.

Immer wieder trifft man Künstlerinnen und Künstler, deren Schaffen getragen ist von dem unbedingten Willen, auf eine bessere Welt hoffen zu dürfen, und die genau deshalb Versuchsanordnungen über die Möglichkeit schaffen, das richtige Leben im Richtigen zu leben. Oft orientieren sich künstlerische Angebote deshalb unmittelbar an der Gesellschaft, in der sie entstehen, prüfen und kritisieren sie und motivieren so zum Nachdenken und zum Handeln. Die Freiheit der Kunst ist immer auch eine Aufforderung, sie auszuleben und

auszutesten. Dass ihre Anwendung öffentlich und privat nicht nur abstrakt ermöglicht, sondern auch konkret gefördert wird, ist notwendig und richtig. Denn die unbequemen Wahrheiten auszuhalten, mit denen uns die Kunst konfrontiert, ist nicht nur eine Haltungsfrage, sondern ein Ausweis unserer Demokratiefähigkeit. Hier liegt die Kunst der Demokratie in all ihrer vielfältigen Bedeutsamkeit begründet.

Wer heutzutage die Möglichkeiten der Freiheit und der Vielfalt bewahren will, steht daher zunächst vor der Aufgabe, eben jene realen oder virtuellen Räume zu sichern, in denen das gesellschaftliche Gespräch und damit der stets prekäre öffentliche Vernunftgebrauch stattfinden können. Dabei geht es vor allem um jene abstrakten Verfahren, die auch in Zukunft legitime Verständigungen zwischen den Vielen ermöglichen. Nur so kann es gelingen, den sehr weitreichenden Vernunftprimat der Aufklärung, der die menschliche Gestaltung von Natur und Gesellschaft an die Stelle traditionaler und oftmals transzendental begründeter statischer Normsysteme gestellt hat, in die neue Zeit zu übersetzen.

Dass dies weniger leicht ist, als es in solch einer dahingeworfenen Forderung den Anschein haben mag, liegt auch daran, dass die Vernunft der Aufklärung in ihrer in den letzten Jahren kulturell und technisch auf die Spitze getriebenen Verengung vielfach kritisierbar geworden ist und keinesfalls mehr unumstritten den Königsweg zu einer humanen Gesellschaft weist. Sie muss auf Vorwürfe wie

den des Eurozentrismus oder des Technizismus sensibel reagieren, um ihre gesellschaftliche Kraft und Legitimation entfalten zu können. Sie muss sich davor hüten, funktionalistisch und zweckrational zu erkalten, um ihren inneren Bezug zur Leidenschaft eines idealistischen Humanismus zu erhalten.

Dieser Bezug prägt die ästhetisch-expressive Arbeit der Kunst. In der Diskussion über die Möglichkeitsräume künstlerischen Arbeitens und über die Chancen, mit künstlerischen Strategien widerstreitende Perspektiven zu ermöglichen, geht es daher immer auch um die aufklärerische Frage, ob die individuelle Freiheit zur Selbstbeschreibung und Selbstbestimmung die primäre Grundlage oder die primäre Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts darstellt. In den folgenden Betrachtungen soll vehement dafür plädiert werden, dass das radikale und wilde Denken und Handeln der Kunst immer wieder aufs Neue dazu anregt, in der Selbstermächtigung des Einzelnen nach der Grundlage des vernünftigen Miteinanders zu suchen. Gerade aktuell braucht es eine neuerliche diskursive Befestigung der progressiven Position, dass ein gesellschaftliches Miteinander in Freiheit, Gleichheit und Solidarität nur dann möglich ist, wenn es sich in der Kultur einer offenen, vielfältigen und demokratischen Gesellschaft manifestiert. Die aktuellen gesellschaftlichen Verspannungen dürfen daher nicht dazu führen, vor den Freiheits- und Fortschrittsversprechen der Moderne zurückzuschrecken,

sondern sie erfordern vielmehr ein besonders beherztes »Jetzt erst recht« in dem Bemühen, die entscheidenden Schritte vorwärts zu gehen, um aus freiheitlich einsichtiger Vernunft Gesellschaft wachsen zu lassen.

In Zeiten, in denen die Welt aus den Fugen geraten scheint und in denen die Fliehkräfte unserer Gesellschaft immer stärker an den Strukturen unseres Daseins ziehen, werden Kultur und Kulturpolitik somit beinahe zwangsläufig bedeutsamer. Die Kunst der Demokratie rückt ins Zentrum der Betrachtung. Sie soll in diesem Buch in ihren verschiedenen Facetten entfaltet und betrachtet werden. Weil der Gegenstand – Kunst und Kultur der demokratischen und offenen Gesellschaft – ein so schillernder ist, kann auch der Argumentationsgang nur multiperspektivisch sein. Es geht also weniger darum, einen Gedanken linear zu entfalten, als vielmehr darum, unterschiedliche Blickwinkel auf den kulturellen Sinn unserer modernen und vielfältigen Gesellschaft offenzulegen und zueinander in Beziehung zu setzen.

Wenn Kunst in dem Sinne politisch sein kann, dass sie einen Diskurs über Kohäsion und Kohärenz, über Zusammenhalt und Zusammenhang in unserer Gesellschaft produziert und manchmal vielleicht sogar provoziert, dann hat das, davon bin ich überzeugt, Konsequenzen dafür, wie demokratische Politik mit Kunst und Kultur umgehen muss. Kulturpolitisch entscheidend wird sein, dass wir nicht nur den vielbeschworenen sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft in den Blick nehmen, sondern zugleich ihren

Zusammenhang, ihren kulturellen Sinn, der tiefer liegt, aber in letzter Konsequenz die Grundlage unseres Zusammenlebens ausmacht. Wenn wir den Grundkonsens der Freiheit und der Vielfalt sichern wollen, dann müssen wir über Kultur reden.

Dimensionen des Kulturellen

Die aktuelle politische Situation ist so markant gekennzeichnet wie schon lange nicht mehr von Auseinandersetzungen über kulturelle Fragen. Der vom rechten Rand aus angezettelte Kulturkampf trifft unsere offene Gesellschaft, ihre Werte und Institutionen ins Mark. Er ist deshalb auch eine Herausforderung für eine Kulturpolitik, die sich in den vergangenen Jahrzehnten vielleicht etwas zu behaglich in den technischen Erörterungen von Förderprogrammen und Institutionalisierungen eingerichtet hat. Eine sich als Politik begreifende Kulturpolitik umfasst schließlich auch die konzentrierte Bearbeitung jener grundsätzlichen normativen und bisweilen ethischen Fragen, die den Zusammenhang unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ausmachen.

Wieder einmal korrespondieren Aussagen, die drängend auf die Rolle der Kunst verweisen, mit einer wachsenden Bedeutung kultureller Fragen in unserer Gesellschaft. Diese Fragen verweisen zurück auf die sich qualitativ verändernden neuen Unübersichtlichkeiten unserer Zeit.

Dass gerade in krisenhaften Situationen kulturelle Fragen in den Fokus rücken können, ist keine neue Erkenntnis. Die Soziologie beschreibt schon seit

Jahrzehnten spiralförmige gesellschaftliche Krisenverläufe, in denen sich aus ökonomischen Krisen zunächst politische, dann gesellschaftliche und schlussendlich kulturelle Krisen entwickeln können. Anschaulich hat Jürgen Habermas schon vor über 40 Jahren in seiner Studie

Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus beschrieben, wie aus ungelösten wirtschaftlichen Verteilungsproblemen politische Legitimationsfragen erwachsen können, die in Krisen des sozialen Zusammenhalts münden können. [7]

Wenn selbst diese nicht erfolgreich bearbeitet werden, drohen ganz grundlegende Auseinandersetzungen über den kulturellen Sinn unseres Zusammenlebens. Wenn das geschieht, dann erreicht der gesellschaftliche Diskurs jene intellektuell grundsätzlichen Dimensionen, die auch im Zentrum der künstlerischen Beschäftigung und Auseinandersetzung stehen.

Kunst und Kultur kreisen um die Sinnfragen, um jene Dimension der Kohärenz, die eine Gesellschaft braucht, um nicht nur in sozial funktionalistischen Mechanismen, sondern auch in normativ-pragmatischer Verständigung zu sich selbst zu finden. Diese Dimension heben soziologische Betrachtungen der Kultur immer wieder als Kern des Kulturellen einer Gesellschaft besonders hervor. Der Soziologe Talcott Parsons hat schon vor mehr als einem halben Jahrhundert mit dem sogenannten AGIL-Schema eine Systematisierung der verschiedenen Funktionen moderner Gesellschaften vorgelegt, die helfen kann, genau diese Rolle näher zu fassen. [8] Der Kultur fällt in dieser

Systematik die sogenannte »Latent Pattern Maintenance« zu, die Schaffung und Überlieferung jener Wertvorstellungen und Sinnstrukturen, die mithelfen, eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Während Politik allgemeinverbindliche Regeln gewährleistet, die Ökonomie für die materiellen Ressourcen des Zusammenlebens sorgt und die familiären Kleinstrukturen die emotionalen Bedürfnisse sichern, fokussieren kulturelle Angelegenheiten auf die sehr grundsätzlichen symbolischen und ideellen Ressourcen des Zusammenlebens, mithin auf alles, was Sinn vermittelt.

Es ist deshalb auch kein Wunder, dass kulturelle Fragen in aufgeheizten gesellschaftlichen Krisensituationen schnell zu einem Auseinandersetzungsfeld um die Deutungshoheit der aktuellen Lage werden. Schließlich entstehen die unter dem Begriff Kultur gefassten Ressourcen nicht aus sich heraus, sondern sind das Ergebnis gesellschaftlichen Zusammenwirkens. Sie sind gebunden an das dynamische Miteinander in einer konkreten Situation und können nicht statisch vorausgesetzt werden.

Die Bedeutung dieses immer wieder neu entstehenden kulturellen Zusammenhangs hat die damalige Hamburger Kultursenatorin und spätere Kulturstaatsministerin Christina Weiss 1999 prägnant auf den Punkt gebracht. In ihrem lesenswerten Buch *Stadt ist Bühne* definiert sie den Begriff der Kultur zu Recht sehr weit und emanzipatorisch. Ihr zufolge »markiert Kultur die geistigen und sozialen Koordinaten einer Gemeinschaft. Kultur ist der Prozeß des

Selbstbewußtseins und der Selbstgestaltung einer Gesellschaft, die in unablässigen Diskursen ihre Geschichte formt und ihr inneres Zusammenwirken reflektiert. Kultur umgrenzt das Spielfeld der Auseinandersetzung einer Gemeinschaft mit ihren Traditionen, ihren Werten, ihren Zielen und Konflikten.«[\[9\]](#)

Kultur in diesem Sinne ist keine additive Ästhetisierung einer gegebenen Wirklichkeit, sondern umfasst die gemeinschaftliche Erzeugung gesellschaftlicher Werte und Normen. Sie ist der Prozess, in dem der Sinn des Zusammenlebens entstehen kann. Künstlerische Strategien und Positionen nutzen in diesen kulturellen Diskursen, die die Gesamtheit aller Lebensformen einer zusammenlebenden Gruppe umfassen, ästhetische und spielerische Herangehensweisen an diese Wirklichkeit oder konkurrierende Sinnzusammenhänge.

Gerade die Fragen nach dem Sinn unseres Zusammenlebens, nach den orientierenden Strukturen und nach den Werten, die wir teilen, sind Kern kulturellen und künstlerischen Handelns – und zwar zunächst ganz wertfrei im Sinne einer normativen Strukturierung des Miteinanders in Gemeinschaft. Ob es sich dabei um eine freiheitliche und offene oder um eine repressive und geschlossene kulturelle Formation handelt, ist nicht vorherbestimmt. Kulturelle Praxis ist nicht an sich auf freiheitliche oder progressive Positionen bezogen, sie besitzt keine vorherbestimmte inhaltliche Prägung. Sehr wohl aber bedarf sie zur freiheitlichen Realisierung einer

progressiven Ordnung, die ihr die unabhängige Wahl der Positionierung ermöglicht und sichert.

Es gehört zum Common Sense einer offenen, freien und friedlichen Gesellschaft, diese Freiheit des Handelns, diese Gleichheit der Rechte und diese Solidarität der Gemeinschaft zu bewahren. Die folgenden Überlegungen sollen schlaglichtartig die aktuell relevanten Konfliktdimensionen an der Schnittstelle von gesellschaftlichem Zusammenhalt und kulturellem Zusammenhang betrachten, um das Bewusstsein für die immensen Leistungen zu schärfen, die Kultur im Hinblick auf die Freiheit der Einzelnen, auf den Zusammenhang einer offenen Gesellschaft, auf die Vernunft der Demokratie, auf die Verantwortung des gesellschaftlichen Zeitgesprächs und auf die Magie der Wahrheit entfalten kann.

Die Freiheit der Einzelnen

Die Errungenschaften der bis heute leider nur fast zur Selbstverständlichkeit gewordenen unbedingten Freiheit der Einzelnen reichen zurück in eine Zeit, die von noch weit fundamentaleren Erschütterungen geprägt war als die unsrige. Es mag ein historischer Zufall sein, dass sich parallel zu den aufkeimenden kulturellen Debatten im Jahr 2017 auch die Reformation zum 500. Mal jährte, doch manchmal ermöglichen eben solche Jahrestage einen Gegenschnitt zum Jetzt, der erhebliche Aufschlüsse liefert. Der kontrastierende Rückblick auf den Beginn der Neuzeit jedenfalls zeigt, welche Umbrüche an der Wiege jener Entwicklungen standen, deren erhebliche Beschleunigung uns 500 Jahre später in vermeintlich große Schwierigkeiten bringt. Diese Umbrüche waren damals technologisch, geographisch, gesellschaftlich und kulturell von immenser Tiefenwirkung.

1450 revolutionierte Johannes Gutenberg die Buchproduktion. Statt wie im Mittelalter üblich, per Hand Bücher zu verfassen oder Abschriften anzufertigen, war es nun möglich, mit beweglichen Metalllettern und Druckerpresse in kurzer Zeit Bücher in großer Zahl herzustellen. 1492 stieß Christoph Kolumbus auf Amerika, als er auf der Suche nach einer westlichen Route nach

Indien war – die bis dahin im Abendland bekannte Welt wurde größer. 1509 erkannte Nikolaus Kopernikus, dass die Erde nur ein Planet unter vielen ist, deren Zentrum die Sonne ist. 1517 verfasste Martin Luther seine 95 Thesen über den Ablasshandel und brachte damit die mittelalterliche Papstkirche ins Wanken.

Wir haben es hier mit vier sehr unterschiedlichen Ereignissen zu tun, die in der Rückschau neben dem jeweiligen Erkenntniswert eine grundsätzliche Eigenschaft gemeinsam haben: Sie zeigen, dass es möglich ist, dass Individuen die Welt verändern können. Kolumbus und Kopernikus haben unser Verständnis von der geographischen und physischen Verfasstheit der Welt verändert. Gutenberg hat mit einer Medienrevolution die öffentliche Kommunikation radikal erweitert. Luther stellte tradierte Ordnungen und Überzeugungen in Frage. Das Handeln Einzelner hatte Auswirkungen aufs Ganze und veränderte eine bis zu diesem Zeitpunkt als extern verfasst und unveränderbar akzeptierte Ordnung von Gesellschaft, Kultur und Natur.

An der Schwelle des Mittelalters zur Neuzeit gelang in Europa so eine gesellschaftliche und metaphysische Emanzipation von gewaltigem Ausmaß. Entgegen der mittelalterlichen, feudalistischen Auffassung von einer Ordnung der Welt, in der jeder und alles seinen festen, unveränderlichen Platz im Gefüge hat, gewann plötzlich die Gestaltungsmacht der Einzelnen deutlich an Kraft und Bedeutung. Im Zusammenwirken dieser je für sich schon

welterschütternden Entwicklungen entstand ein neues Zeitalter, das insbesondere in seinen Anfängen von bisweilen recht hilflosen Versuchen geprägt war, einen neuen Umgang mit der möglichen Offenheit zu entwickeln. Ideologisch und religiös geprägte Kriege, kulturell begründete Unterdrückung und Versuche, die Wahrheit mit Waffengewalt zu sichern, prägten im Anschluss eine Epoche, in der sich die ehemals gesetzten Wahrheiten bereits zu verflüssigen begannen, ohne dass es gesellschaftliche Mechanismen gab, um neue gesellschaftliche Übereinkünfte zu finden.

Die Folgen dieser Entwicklung reichen bis in die Gegenwart, schließlich kann unsere heutige politische Ordnung nur deshalb auf der Idee der Eigenverantwortung der vernunftbegabten Einzelnen gründen, weil sie die Annahme ernst nimmt, dass die Einzelnen mit ihren Entscheidungen tatsächlich die Möglichkeit haben, den Lauf der Dinge zu verändern und bewusst zu gestalten. Und sie fordert – vor dem Hintergrund der dadurch zunächst erwachsenden Schwierigkeiten – dazu auf, einen Modus Operandi für das aus den Widersprüchen unterschiedlicher Aussagen erwachsende Nebeneinander konkurrierender Wahrheitsansprüche zu finden.

In jedem Fall gerät seit dem Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit das Individuum als Träger geschichtlicher Prozesse neu in den Blick. In den darauf folgenden Jahrhunderten ging es in vielen Anläufen immer wieder darum, seine faktische und empirische Gestaltungsmacht